

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche hat unsere Staatsregierung **nochmals weitere Lockerungen verkündet**: Seit dem 17. Juni ist der Katastrophenfall beendet und Treffen mit bis zu zehn Personen sind wieder erlaubt. Ab 22. Juni dürfen Hallenbäder, Thermen und Wellnessbereiche öffnen, die Gastronomie darf ihre Gäste wieder zu den Zeiten wie vor Corona bewirten und in Geschäften nun ein Kunde pro 10m² Verkaufsfläche einkaufen – eine Verdoppelung der möglichen Kundenanzahl. Kunst- und Kulturbetriebe empfangen wieder bis zu 100 Besucher in geschlossenen Räumen und bis zu 200 Gäste im Freien. Veranstaltungen aller Art, wie beispielsweise Hochzeiten, können nun mit 50 Personen innen sowie 100 Besuchern im Freien abgehalten werden. Zu guter Letzt werden dieselben Regeln bei Busreisen wie im ÖPNV implementiert: ein Mindestabstand ist nicht mehr erforderlich, allerdings gilt eine Maskenpflicht – eine sinnvolle Lösung, um auch Busunternehmen nach der Krise zu stärken. **Wir FREIE WÄHLER im Landtag sind froh, dass wir unsere Forderungen innerhalb der Koalition durchsetzen konnten und so mehr Lockerungen als ursprünglich geplant möglich wurden.**



Wir sehen Bayern weiterhin auf einem guten Weg zwischen Lockerungen und Gesundheitsschutz. Denn nach wie vor müssen wir uns vor einer zweiten Welle, wie sie gerade in Peking, Nordmazedonien sowie dem Iran wütet, in Acht nehmen. Alle vorangegangenen Anstrengungen würden sonst zu nichts gemacht. Daher ist es richtig, **weiter besonnen mit der Situation umzugehen**, den Menschen ihren gewohnten Alltag schrittweise zurückzugeben, aber das Coronavirus nach wie vor ernst zu nehmen.

Um in eine „neue Normalität“ zu finden, haben wir uns mit **Lehren aus Corona** auseinandergesetzt, die wir nun kontinuierlich in unsere parlamentarische Arbeit einfließen lassen.

Aktuelle Corona-Lockerungen

Ab 17. Juni:

- ✓ Katastrophenfall endet
- ✓ Treffen bis zu 10 Personen erlaubt

Ab 22. Juni:

- ✓ Hallenbäder, Terme & Wellnessbereiche öffnen
- ✓ Gastronomie öffnet bis 23 Uhr
- ✓ ein Kunde / Besucher pro 10 m² Verkaufsfläche
- ✓ Kunst & Kultur: 100 Besucher innen & 200 Besucher im Freien erlaubt
- ✓ Veranstaltungen, Vereinssitzungen, Hochzeiten: 50 Besucher innen & 100 Besucher im Freien
- ✓ Busreisen wie ÖPNV



Rückblick

Im Ausschuss Umwelt- und Verbraucherschutz Antrag unserer Fraktion zu veganem Fleischersatz mit dem Titel „Mehr Transparenz beim Einkaufen – klare Kennzeichnung von veganem Fleischersatz“.

„Wir müssen eine potenzielle fehlerhafte und irreführende Kennzeichnung veganer Fleischersatzprodukte in den Griff kriegen!“, so Hans Friedl, MdL und Verbraucherschutzpolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Wähler am Rande der heutigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz im Maximilianeum. Hans Friedl weiter: „Traditionell hat man ja ein Produkt aus Fleisch im Sinn, wenn man an „Schnitzel“, „Wurst“, Schinken oder „Schnitzel“ denkt. Wenn man sich heute die Regale im Einzelhandel anschaut, in denen vegane Produkte zu finden sind, so sind die Produkte

häufig mit genau diesen Bezeichnungen etikettiert.“ Der Anteil der veganen Produkte hat in den letzten Jahren ständig zugenommen und hat im Rahmen einer ausgewogenen Ernährung eine berechnete Stellung im Markt. „Deshalb hat der Verbraucher ein Recht auf eine Bezeichnung, die nicht in die Irre führt“, deshalb muss Bayern im Bund wie in Europa eine entsprechende Regelung anstreben“. Der Antrag wurde im Ausschuss angenommen, wobei sich die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und SPD enthielten.

Viele Bauherren warten mit ihren Bauanträgen sehnsüchtig auf die Verabschiedung der novellierten Bayerischen Bauordnung – Beschäftigten mussten wir uns aber nun diese Woche im Plenum mit einem eher verzögernden und auch unsinnigen Antrag der AfD.

Sachstand ist: Die Staatsregierung hat bereits einen Gesetzentwurf zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung des Wohnungsbaus auf den Weg gebracht. Dieser Gesetzentwurf ist mittlerweile in der Verbändeanhörung. Das Ziel unserer Bayernkoalition ist es, den Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause im Landtag einzubringen und das parlamentarische Verfahren zügig zu durchlaufen.



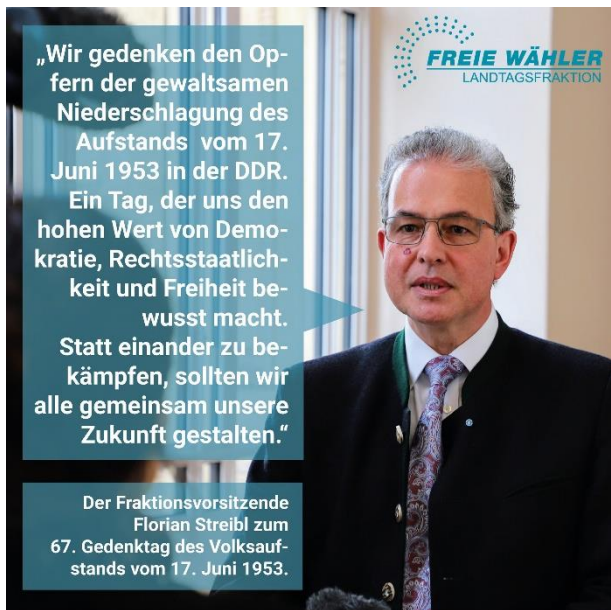
Der Gesetzentwurf beinhaltet neben der Verringerung von Bürokratie und Vereinfachungen bei Bauanträgen und Standards eine Reihe weiterer Instrumente, um den Wohnungsmangel zu beheben (z.B. beim Dachgeschossausbau) – insbesondere auch in den Ballungsräumen. Parallel läuft bereits an **15 vom Landkreistag bestimmten Pilotlandratsämtern das Pilotprojekt „Digitale Baugenehmigung“**. Die AfD-Fraktion bewies mit ihrem Antrag mal wieder, dass sie von Realität und Aktualität meilenweit entfernt ist. Denn im Oktober 2019 haben wir im Bauausschuss all diese Fragen im Rahmen einer Expertenanhörung lang und breit erörtert und diskutiert. Wenn man mangels fachlichem Verständnis oder mangels politischer Professionalität nur mal kurz in die Expertenanhörung „reinschneit“, dann bekommt man die maßgeblichen Fakten halt nicht mit. Und „alternative Fakten“ gibt es auch beim Thema Bauen nicht.

Hier meine Rede zu vorgerückter Stunde im Plenarsaal (wegen Corona Fraktionen nur mit einzelnen MdL's präsent).

<https://www.youtube.com/watch?v=dcldDI6HK6U>

Beschäftigt hat uns diese Woche im Maximilianeum ein Dringlichkeitsantrag, den wir bereits vor Pfingsten eingereicht hatten. Wir **FREIE WÄHLER im Landtag wollen darin die Unternehmensbesteuerung modernisieren**. Denn gerade in Zeiten wirtschaftlicher Nachwehen der Corona-Krise ist es dringender denn je geboten, Unternehmen mit Steuersenkungen wirksam zu entlasten. Mit rund 30 Prozent erhebt Deutschland im Vergleich zu anderen EU- und OECD-Staaten einen der höchsten kombinierten Steuersätze für Kapitalgesellschaften. **Daher bedarf es nun eines steuerpolitischen Maßnahmenpakets der Großen Koalition in Berlin, um den Wirtschaftsstandort Deutschland deutlich aufzuwerten**. Doch nicht nur Kapitalgesellschaften haben wir als Landtagsfraktion im Blick, sondern auch weitere steuerpolitische Felder: So wollen wir mit der schnellen und vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags die Binnenkonjunktur und mit Reformen im Außensteuerrecht sowie bei Abschreibungen die Liquidität von Unternehmen stärken. Der von Bundesfinanzminister Scholz groß angekündigte „Wumms“ zur Ankurbelung der Wirtschaft darf sich nicht auf kurzfristige staatliche Konjunkturspritzen beschränken, sondern muss in langfristige Steuerreformen münden. Nur so wird unsere Wirtschaft wieder krisenfest.“

In der Plenarsitzung diese Woche haben wir ebenfalls einen Dringlichkeitsantrag gestellt: Darin setzen wir uns für ein **Konzept zur Freizeitleitung insbesondere für die großen staatlichen Gewässer** ein. Denn diese sind wichtige Erholungsgebiete mit hoher Aufenthaltsqualität. Doch an schönen Sommerwochenenden herrscht an Bayerns Seen und Flüssen eine Betriebsamkeit wie auf dem Münchner Viktualienmarkt: Wer etwa zum Walchensee will, dem bieten sich Staus schon vor Kochel, ein überlasteter Kesselberg und vogelwildes Parken am Südufer und selbst in Wohngebieten. **Gerade ökologisch bedeutsame Naturräume ächzten mittlerweile unter Lärm, Müll und Verkehr**. Um empfindliche Bereiche beliebter Landschaftsräume zu schützen und Anrainergemeinden zu entlasten, ist die Einführung von Steuerungsinstrumenten zur Besucherlenkung unumgänglich. Doch wir müssen neben Schutzzonen auch legale Nutzzonen definieren. Nur so kommen wir zu einer gesellschaftlich akzeptierten Lenkung. Wichtig ist, dass ein fairer Interessenausgleich zwischen Freizeitsportlern, Erholungssuchenden und Anwohnern geschaffen wird. Dazu braucht es legale und versicherungsrechtlich klar geregelte Lenkungsmöglichkeiten und die Festlegung sicherheitstechnischer Standards.



„Wir gedenken den Opfern der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 in der DDR. Ein Tag, der uns den hohen Wert von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit bewusst macht. Statt einander zu bekämpfen, sollten wir alle gemeinsam unsere Zukunft gestalten.“

Der Fraktionsvorsitzende Florian Streibl zum 67. Gedenktag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953.

Neben Gewässerschutz stand auch der Schutz der Forstwirtschaft auf unserer Agenda. Ebenfalls mit einem Dringlichkeitsantrag wollen wir ein Horrorszenario für Bayerns Kulturlandschaft abwenden. Wir setzen uns für neue **Möglichkeiten zur Mitverbrennung holzartiger Biomasse in Kohlekraftwerken** ein. Dies ist dringend erforderlich, weil sich die Forstwirtschaft in einer der größten Krisen der letzten Jahrzehnte befindet. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, sich beim

Bund für die **Förderung eines Ersatzes von Kohle durch stofflich nicht verwertbares Waldschadholz als Energieträger in bayerischen Kohlekraftwerken** einzusetzen. Wegen mangelnder Liquidität und fehlenden Holzabsatzes werden mittlerweile notwendige und gesetzlich vorgeschriebene Aufarbeitungen von Schadholz und anderen Waldschutzarbeiten zum Erhalt der Wälder oftmals unterlassen. Das führt zu einer massiven Zunahme des Borkenkäferbefalls – mit katastrophalen Auswirkungen, wie wir sie derzeit in Tschechien mit seinen rund 200 Millionen Festmetern abgestorbener Fichtenwälder beobachten können. Für unsere bayerische Kulturlandschaft und die betroffenen Waldbesitzer ist das ein Schreckensszenario. Deshalb müssen wir rasch neue Absatzmöglichkeiten für anderweitig nicht veräußerbares Schadholz finden. Wir finden, Abhilfe kann nur eine energetische Nutzung in unseren Kohlekraftwerken schaffen.

Weiter wollen wir FREIE WÄHLER im Landtag **Photovoltaik-Freiflächenanlagen ohne zusätzlichen Ausgleichsbedarf zum Regelfall machen**. Denn ein beschleunigter Zubau von erneuerbaren Energieträgern ist uns FREIEN WÄHLERN äußerst wichtig – **Photovoltaik kommt dabei in Bayern eine besonders wichtige Rolle zu**. Freiflächenanlagen sollen künftig grundsätzlich so geplant und gestaltet werden, dass außerhalb der Anlagenfläche keine weiteren landwirtschaftlichen Flächen für Kompensationsmaßnahmen in Anspruch genommen werden müssen und die Photovoltaik-Anlage im Hinblick auf die Eingriffsregelung bereits „in sich ausgeglichen“ ist. Derartige ökologisch hochwertig gestaltete und gepflegte Anlagen, bei denen Eingriff, Minimierung und Ausgleich auf derselben Projektfläche realisiert werden, leisten schließlich **nicht nur ihren Beitrag zur Energie-**

wende, sondern tragen auch zur Schonung landwirtschaftlich genutzter Flächen bei. Auf diese Weise entspannen wir nicht nur den Wettbewerb um landwirtschaftliche Nutzflächen und unterstützen unsere Landwirte, sondern kommen auch den **Zielen des Volksbegehrens ‚Artenschutz‘ ein entscheidendes Stück näher, indem wir ökologische Energiewende sowie Klimaschutz vorantreiben.**

Expertenanhörung zur „Kindeswohlgefährdung“ des Sozialausschusses und der Kinderkommission



Gesundheitsministerin Huml zu Besuch in der Fraktionssitzung

Am 18. Juni fand eine **Expertenanhörung zum Thema „Weiterentwicklung des Kinderschutzes in Bayern“** statt. Denn die Corona-Krise zeigt soziale Schwachstellen wie durch ein Brennglas verstärkt auf

– gerade Kinder sind diesen Extremsituationen oft schutzlos ausgeliefert. Die aktuellen Schreckensmeldungen aus Münster und Südbayern unterstreichen die Dringlichkeit des Themas, sodass wir Kinder noch besser vor sexuellem Missbrauch schützen müssen! Deshalb ist die **frühzeitige Stärkung von Familien, gerade in Belastungssituationen, zentraler Bestandteil des bayerischen Gesamtkonzepts zum Kinderschutz.** Dabei umfasst das neue Konzept eine Fülle zusätzlicher Maßnahmen, wie beispielsweise interdisziplinäre Kinderschutzarbeit, Förderung und Ausstattung von Einrichtungen, Akteuren und Institutionen sowie Schaffung von Netzwerken. Wichtig ist dabei, die **körperliche und seelische Unversehrtheit von Kindern sicherzustellen** und deshalb Kinderrechte auch in der Verfassung zu verankern. Durch einen Ausbau der Informations- und Anlaufstellen schaffen wir zudem sichere Häfen für die Kleinsten unserer Gesellschaft. Dies ist auch nötig – schließlich können sich Kinder gegen Bedrohungen am allerwenigsten wehren.

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26b, 82239 Alling